



Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

Pflueger_T_2013

Militärmacht Europa: Ziele und Komponenten

Tobias Pflüger

„Militärmacht Europa: Ziele und Komponenten“, in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe – ISBN 1437-0956) 17 / 2013, Tübingen (Selbstverlag), pp. 58-61.

Copyright © 2013 by Tobias Pflüger, Burgholzweg 116/2, D-72070 Tübingen; E-Mail: mail[at-symbol]tobias-pflueger.de

Vorbemerkung der Redaktion: Tobias Pflüger referierte bei der Tagung in Trier zum Thema „Die Militär- und Rüstungspolitik der Europäischen Union angesichts von Wirtschaftsinteressen“. Im Folgenden wird ein vom Referenten autorisierter Text abgedruckt, der als Grundlage für seinen frei gehaltenen Vortrag diente.

Für viele Jahrzehnte konnte von einer „Militärmacht EUropa“ nicht ernsthaft gesprochen werden. Spätestens seit dem Jahr 1999 hat sich dies allerdings grundlegend geändert, denn von da ab begann die Europäische Union sich einen mittlerweile beachtlichen Militärapparat zuzulegen. Bevor im Folgenden dessen konkrete Komponenten beschrieben werden, soll hier der Frage nach den wesentlichen Triebfedern nachgegangen werden, die diesen Prozess befeuern. Im Kern geht es dabei um drei Dinge: Einfluss im Weltmaßstab; Rohstoffkontrolle; und die militärische Absicherung der neo-liberalen Weltwirtschaftsordnung.

Globalmacht Europa

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre eröffneten sich für die Europäische Union erstmals Möglichkeiten zur Ausweitung ihres Macht- und Einflussbereichs, die zuvor in dieser Form nicht existiert hatten.¹ Die Gelegenheit für einen Aufstieg zum „Global Player“ war also günstig und sie wurde zielstrebig ergriffen. Der Anspruch hierauf wurde überdeutlich in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 formuliert:

„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttonettoprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union [...] zwangsläufig ein globaler Akteur. [...] Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.“² Noch klarer wurde dies vom ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair im Juni 2011 formuliert: „Für Europa ist es wesentlich, dass es versteht, dass die einzige Möglichkeit, um Unterstützung für Europa zu erhalten, heute nicht auf einer Art Nachkriegssicht basieren kann, dass die EU notwendig für den Frieden ist. [...] In einer Welt, in der vor allem China dabei ist, zur dominierenden Macht des 21. Jahrhunderts zu werden, ist es für Europa vernünftig, sich zusammen-

¹ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 51ff.

² Europäische Sicherheitsstrategie, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003, 1.



*zuschließen, um sein kollektives Gewicht zu nutzen, um globalen Einfluss zu erlangen.*³

Umfassende militärische Fähigkeiten werden in diesem Zusammenhang als notwendige Bedingung gesehen, nicht nur um konkrete Interessen gewaltsam durchzusetzen, sondern auch ganz generell, um den angestrebten „globalen Einfluss“ geltend machen zu können. Nick Witney, der ehemalige Leiter der EU-Verteidigungsagentur (EVA), schreibt hierzu: „Der Wert der bewaffneten europäischen Streitkräfte besteht nicht so sehr darin, speziellen ‚Gefahren‘ zu begegnen, sondern weil sie ein notwendiges Instrument von Macht und Einfluss in einer sich schnell verändernden Welt darstellen, in der Armeen immer noch wichtig sind.“⁴

Militärische Rohstoffsicherung

Einen weiteren wesentlichen Machtfaktor im internationalen System stellt die Fähigkeit zur Kontrolle der eigenen Rohstoffversorgung und derjenigen potenzieller Rivalen dar. Angesichts wachsender machtpolitischer Rivalitäten, insbesondere mit Russland und vor allem China, werden innerhalb des Militärestablishments zunehmende Konflikte um knapper werdende Bodenschätze prognostiziert.⁵ Schon in einem 2004 veröffentlichten Papier des *Institute for Security Studies* der Europäischen Union, das als Entwurf für ein EU-Weißbuch in die Debatte eingespeist wurde, hieß es deshalb, die „ökonomische Überlebensfähigkeit“ erfordere den „Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen.“⁶

Dabei betrifft die Frage der Rohstoffsicherung nicht allein Öl und Gas, auch andere Bodenschätze gilt es augenscheinlich unter Kontrolle zu bringen. Dies zeigt etwa exemplarisch der EU-Einsatz EUFOR RD Congo aus dem Jahr 2006, bei dem die Europäische Union 2.000 Soldaten in das extrem rohstoffreiche Land entsendete. Angeblich sei das Ziel der Operation die Absicherung der „demokratischen Wahlen“ gewesen. Tatsächlich war es aber darum gegangen, der Machtübernahme von Joseph Kabila, der sich gegenüber westlichen Interessen als überaus aufgeschlossen erwiesen hatte, eine demokratische Pseudolegitimation zu verleihen (die größte zivile Oppositionspartei etwa nahm überhaupt nicht an den Wahlen teil).

Deshalb schrieb auch Walter Stütze, als Ex-Staatssekretär ehemals einer der höchsten Beamten im deutschen Verteidigungsministerium und damit einer der es wissen muss, über die Hintergründe des Einsatzes: „Worum geht es? Afrika ist arm an Wohlstand, aber reich an Bodenschätzen. Vom Erdöl bis zum Uran, von Kobalt über Platin bis Titan - alles, was selten und teuer ist, findet sich in afrikanischer Erde. Unter den afrikanischen Staaten aber ist der Kongo das rohstoffreichste Land – das Land, mit dem größten Potential. Der Wettlauf um die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe ist längst und heftig im Gange, auch im Kongo – Amerikaner und Chinesen gehen längst planvoller zu Werke als die Europäer. [...] Statt Schauplatz für afrikanische Flücht-

³ Hough, Andrew: Tony Blair: EU needs elected president, former PM says, *The Telegraph*, 09.06.2011.

⁴ Witney, Nick: How to stop the demilitarization of Europe, *European Council on Foreign Relations (ECFR)*, Policy Brief 40, November 2011, S. 1.

⁵ Vgl. National Intelligence Council: *Global Trends 2025: A Transformed World*, November 2008; Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Dezernat Zukunftsanalyse, Juli 2010.

⁶ Dumoulin, André, u. a.: *European Defence – A Proposal for a White Paper*, Report of an independent Task Force, ISS, Mai 2004, S. 13.



lingsdramen zu sein, soll von Europas Küsten künftig Präsenz in Afrika ausgehen. Den Flüchtlingsstrom erst gar nicht entstehen zu lassen, die Bodenschätze dort heben wo sie sich befinden – Afrika-Politik in Afrika betreiben – das ist der Kern der [...] weithin unbeachteten Afrika-Strategie der EU mit dem keineswegs unbescheidenen Titel: *Die EU und Afrika: Auf dem Weg zu einer Strategischen Partnerschaft*. Sechs Ziele nennt die Strategie – auf Platz eins stehen ‚Frieden und Sicherheit‘, – zu erreichen, unter anderem und im Dokument an prominent vorderer Stelle genannt, – mit militärischen Krisen-Einsätzen der Europäischen Union.“⁷

Ein weiterer ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Friedbert Pflüger, prognostizierte einige Jahre später in einem Beitrag der *Internationalen Politik*, Deutschlands führendem außenpolitischen Magazin, gar „Eine Ära des globalen Energie- und Rohstoffimperialismus“. Um sich für diesen zu wappnen, fordert er: „Die EU muss den Anspruch erheben, im Bereich Energie und Rohstoffe als Global Player aufzutreten. Es reicht nicht, in Lateinamerika oder Afrika Gender-Projekte zu finanzieren oder Seminare zur kommunalen Selbstverwaltung zu finanzieren. Vielmehr muss die EU lernen, ihre Interessen auf den Schauplätzen der Welt zu definieren und durchzusetzen.“⁸

Militärischer Neoliberalismus

Eine letzte wesentliche Triebfeder des EU-Militarisierungsprozesses ist der Wille zur Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung. Im Bestreben, den eigenen Transnationalen Konzernen (TNK) neue Produktions- und Absatzmärkte zu erschließen, hat die Europäische Union mittlerweile sogar die USA als weltweit größten Liberalisierungstreiber abgelöst: „Im Kern werden hierbei stets dieselben Maßnahmen propagiert: Die Schaffung günstiger Wettbewerbsbedingungen für europäische TNKs durch die Liberalisierung von Waren- und Dienstleistungshandel durch die Gleichstellung ausländischer und inländischer Investitionen und den weltweiten Schutz von Unternehmen und geistigem Eigentum vor dem Zugriff der Staaten. Dementsprechend besteht natürlich auch ein Interesse seitens der EU-Konzerne, dass Rechtssicherheit und Investitionsschutz nötigenfalls von der Europäischen Union auch militärisch gewährleistet werden – so zieht der Expansionsdrang der Unternehmen auch den des Militärs nach sich. Die strategische Ausrichtung der EU zielt also auf eine Vertiefung der ökonomischen Globalisierung, was insbesondere den weiteren, radikalen Umbau von Staaten des Südens durch Freihandelsverhandlungen erfordert.“⁹

Dabei wird augenscheinlich billigend in Kauf genommen, dass diese neoliberale Wirtschaftspolitik zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung führt – und das, obwohl selbst Studien der Weltbank zu dem Ergebnis gelangen, dass Armut und nicht etwa religiöse, ethnische oder sonstige Faktoren, wie zumeist suggeriert wird, den bei weitem einflussreichsten Faktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten in der sog. Dritten Welt darstellt.¹⁰ Wer also an den ausbeuterischen Grundlagen der herrschenden Weltwirtschaftsordnung nichts verändern will, dem wird wenig ande-

⁷ Stützle, Walter: Hände weg vom Kongo, Tagesspiegel, 13/14.04.2006.

⁸ Friedbert Pflüger: Eine neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen heißt siegen lernen, in: Internationale Politik Mai/Juni 2010.

⁹ Lüthmann, Malte: Ziele und Instrumente neoliberaler EU-Außenpolitik, IMI-Analyse 2011/015, S. 2.

¹⁰ World Bank, Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003.



res übrig bleiben, als die Folgen dieser Entscheidung in Form zunehmender Konflikte notfalls mit militärischer Gewalt notdürftig zu unterdrücken. Überdeutlich benennt beispielsweise ein Beitrag in einem Sammelband der wichtigsten EU-eigenen Denkfabrik, des bereits erwähnten *Institute for Security Studies*, die Priorität künftiger EU-Militärpolitik:

„Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen“¹¹

Aus Sicht der EU-Eliten existieren also Gründe genug, die Durchsetzung der zuvor beschriebenen Interessen über die Forcierung einer Militarisierung der Europäischen Union zu gewährleisten.

EU-Militarisierung: Eine Zwischenbilanz

Obwohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bereits Anfang der 1990er mit dem Vertrag von Maastricht als eine der drei zentralen Säulen der Europäischen Union eingeführt wurde, führte sie lange Jahre eher ein Schattendasein. Erst das französisch-englische Treffen in St. Malo Ende 1998 ebnete grundsätzlich den Weg für eine massive Militarisierung der Europäischen Union.

Im Juni des darauf folgenden Jahres fand dann der Ratgipfel in Köln statt, der gewissermaßen als die offizielle Geburtsstunde für die Militarisierung der Europäischen Union gelten kann. Dort wurde die „Erklärung des Europäischen Rats zur Stärkung der GASP“ verabschiedet. Sie enthielt das Ziel, Interventionstruppen (*European Rapid Reaction Forces*, ERRF) und militärische Führungsinstrumente aufzubauen, die der EU „die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten“ verschaffen sollten. Erfolgen sollte dies – mit Blick auf die USA und ihre Führungsrolle im westlichen Bündnis - „unbeschadet von Maßnahmen der NATO.“¹² Ein halbes Jahr später wurde auf dem Folgetreffen in Helsinki vom 10. bis 12. Dezember 1999 mit dem „Headline Goal“ die Zielgröße dieser Truppe ausgegeben: 60.000 Soldaten (was aufgrund der erforderlichen Rotation und logistischen Unterstützung einem Gesamtumfang von zirka 180.000 Soldaten entspricht) mit einem Einsatzradius von 4.000km rund um Brüssel.

Seither geht es Schlag auf Schlag: Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza wurden mit dem Beschluss zur Einsetzung eines Militärausschusses (EUMC), eines Militärstabes (EUMS) und eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für offensiv ausgerichtete EU-Truppen geschaffen. Im Dezember 2003 hieß es in der Europäischen Sicherheitsstrategie: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasi-

¹¹ Ries, Tomas: Die EU und das globalisierte Sicherheitsumfeld, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, Institut für Sicherheitsstudien, Paris, Mai 2011, S. 67-84, S. 81f..

¹² Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, Köln, 3. und 4. Juni 1999.



on aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. [...] Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“¹³ Schon zuvor, im Mai 2003, wurden die europäischen Eingreiftruppen für einsatzfähig erklärt, lediglich im oberen Einsatzspektrum, d.h. bei hochintensiven Kampfhandlungen, gäbe es noch Defizite.¹⁴

Mit dem 2002 und 2003 erarbeiteten EU-Verfassungsvertrag, dem späteren Vertrag von Lissabon (EUV), wurde zudem das militärische Aufgabenspektrum substantiell erweitert.¹⁵ Genannt werden nun folgende Einsatzszenarien für die EU-Streitkräfte: „Gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Artikel 43, Absatz 1 EUV)

Um die erforderlichen Kapazitäten zur Durchführung dieser Aufgaben aufzubauen, wurde auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel im Juni 2004 als neues Planziel das „Headline Goal 2010“ (HG 2010) ausgegeben. Ein wesentliches Element des HG 2010 war die Aufstellung so genannter *Battlegroups*, hochmobiler und schnell verlegbarer Eingreiftruppen mit einem Umfang von etwa 1.500 Soldaten. Seit Januar 2007 stehen immer zwei dieser Battlegroups für Einsätze in einer Entfernung von bis zu 6.000km von Brüssel auf Abruf bereit. Diese Truppen wurden im Protokoll 10 des Vertrags von Lissabon vertraglich verankert und detailliert beschrieben. Dort wird festgehalten, dass sie „taktisch als Gefechtsverband konzipiert sind, über Unterstützung unter anderem für Transport und Logistik verfügen und fähig sind, innerhalb von 5 bis 30 Tagen Missionen nach Artikel 43 des Vertrags über die Europäische Union aufzunehmen, um insbesondere Ersuchen der Organisation der Vereinten Nationen nachzukommen, und diese Missionen für eine Dauer von zunächst 30 Tagen, die bis auf 120 Tage ausgedehnt werden kann, aufrechtzuerhalten.“¹⁶

Die ersten Einsätze der Europäischen Union im Rahmen der so genannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP)¹⁷ erfolgten bereits im Jahr 2003: „Concordia“ in Mazedonien und „Artemis“ im Kongo. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal lag das Einsatzgebiet schon damals deutlich weiter als 4.000 Kilome-

¹³ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 7 und 11.

¹⁴ Vgl. Haid, Michael/Neuber, Arno: Der militärische Knüppel aus Brüssel, IMI-Analyse 2011/016, S. 2.

¹⁵ In den Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 wurden die so genannten Petersberg-Aufgaben übernommen und damit erstmals das militärische Handlungsspektrum in einem EU-Vertrag spezifiziert. Damals umfasste das Aufgabenspektrum "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen."

¹⁶ Protokoll Nr. 10 über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nach Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 2.

¹⁷ Der Bereich wurde mehrfach umbenannt. Zuerst firmierte er unter dem Begriff „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ (ESVI), dann als „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP), bis mit dem Vertrag von Lissabon seit 1. Dezember 2009 eine neuerliche Namensänderung eingeführt wurde.



ter von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung endgültig ad acta gelegt wurde. Zudem agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen und damit unabhängig von den USA, indem Frankreich die operative Führung übernahm. Diesen ersten beiden Einsätzen sind mittlerweile zahlreiche weitere gefolgt, je nach Zählung waren es bislang knapp 30 Operationen.¹⁸

Ambitionierte Militarisierungsagenda

Vielen geht die rasante Entwicklung im Militärbereich allerdings noch nicht weit genug. Schon im Jahr 2008 kritisierte der ehemalige Leiter der EU-Verteidigungsagentur, Nick Witney, die Europäische Union bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück, effektive militärische Machtprojektion leisten zu können.¹⁹ Und in der Tat: Um das überaus ambitionierte Anforderungsprofil umsetzen zu können, das bereits auf dem Ratsgipfel im Dezember 2008 verabschiedet wurde, werden noch deutlich mehr Kapazitäten benötigt. Dort wurde beschlossen, schnellstmöglich die Kapazitäten aufzubauen, um künftig bis zu 19 Einsätze im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ *gleichzeitig* durchführen zu können – darunter je zwei hochintensive Kampfoperationen und zwei „Stabilisierungsmissionen“, also Besatzungseinsätze wie der in Afghanistan.²⁰ Vor diesem Hintergrund gab der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana an: „Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten verfügen – sowohl zivil als auch militärisch –, diese politischen Ambitionen zu unterfüttern. Mit der gegenwärtigen Lücke zwischen Ambitionen und der Realität muss sich beschäftigt werden.“²¹

Der Aufbau der EU-Militärkapazitäten soll nun über drei Initiativen weiter vorangetrieben werden: Erstens legte das sog. „Weimarer-Dreieck“, bestehend aus Deutschland, Polen und Frankreich, hierfür bereits im April 2010 konkrete Vorschläge vor. Sie beinhalten die Einrichtung eines eigenständigen EU-Hauptquartiers sowie die Aufstellung stehender Zivil-militärischer Battlegroups (bislang handelt es sich um ad-hoc zusammengesetzte rein militärische Einheiten).²² Die Pläne zur Stärkung der Battlegroups wurden im Mai 2012 weiter ausdifferenziert, indem nun u.a. längere Rotationszeiten anvisiert werden.²³

Zweitens rückte, ausgehend von der schwedisch-deutschen Gent-Initiative „Pooling & Sharing“ (P&S), die wirtschaftliche Planung und der weitere Ausbau der europäischen Rüstungskonzerne ganz oben auf die europäische Militarisierungsagenda. Das Ziel besteht dabei in einer deutlichen Intensivierung der EU-Rüstungskooperation, was mit der angeblich knappen Kassenlage im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise begründet wird. Über eine Europäisierung der Militärpolitik sollen deshalb mehr Gelder für neue Rüstungsprojekte freigeschaufelt werden. Der Europäische Rat billigte die Vor-

¹⁸ So zählt isis europe etwa 28 Einsätze und liefert auf folgender Seite Details zu jeder einzelnen Operation: <http://www.csdpmap.eu/mission-chart>

¹⁹ Vgl. Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, Juli 2008.

²⁰ Vgl. die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Tagung vom 11./12. Dezember 2008.

²¹ Solana, Javier: Preface: in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What ambitions for European defence in 2020?, ISS, Paris 2009 (2. Auflage), S. 7-9, S. 8.

²² Vgl. Major, Claudia/Wassenberg, Florian: Polens ambitionierte GSVP-Agenda, SWP Aktuell, August 2011.

²³ CMPD Suggests Group of Framework Nations Should Shoulder Responsibility for Making up Shortfalls, Europe Diplomacy & Defense, Nr. 517/2012.



schläge der Gent-Initiative am 9. Dezember 2010, indem er die intensivierete Zusammenarbeit im Rüstungsbereich als unerlässlichen „Kräftemultiplikator“ bezeichnete.²⁴ Seither wird P&S in nahezu jedem EU-Papier als eine Art „technokratische Wunderwaffe“ zum Ausbau des EU-Militärapparats betrachtet.²⁵

Drittens und apropos knappe Kassenlage: Glaubt man den Verlautbarungen aus Politik und Rüstungsindustrie, so müssten sich die EU-Militärausgaben eigentlich im freien Fall befinden. Tatsächlich sind die EU-Rüstungsausgaben im Jahr 2011 gegenüber den Vorjahren nur minimal gesunken. Mit 281 Mrd. Dollar haben sie weiterhin ein extrem hohes Niveau und liegen damit etwa 10% über den Militärbudgets im Jahr 2001.²⁶ Dies ist vor allem auch angesichts des zeitgleich verordneten Kahlschlags bei den Sozialausgaben ein Skandal. Dennoch wird derzeit alles dafür getan, um der angeblich kränkelnden Rüstungsindustrie noch üppigere Profite zu beschermen. Denn eine möglichst starke, unabhängige und leistungsfähige rüstungsindustrielle Basis gilt als Grundlage für die Fähigkeit zur „effektiven“ globalen Machtausübung. Aus diesem Grund soll das so genannte Verteidigungspaket, das seit Mitte 2012 europaweit bindend ist, dazu beitragen, die EU-Rüstungsexporte massiv auszudehnen, indem – ohnehin relativ laxe – Exportbeschränkungen weiter ausgehöhlt werden. Damit steht zu befürchten, dass die EU-Staaten ihre Position als Rüstungsexportweltmeister weiter ausbauen werden – im Jahr 2010 verwiesen sie mit einem Anteil von 34% die USA (30%) und Russland (24%) auf die Plätze.²⁷

Inwieweit diese Militarisierungsanstrengungen von „Erfolg“ gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Derzeit liegt der Fokus auf der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und den damit einhergehenden schweren innereuropäischen Konflikten, die eine weitere Militarisierung für den Augenblick etwas behindern. Man sollte sich allerdings keinen Illusionen hingeben, dass dies so bleibt, denn zur Umsetzung ihrer globalen Machtansprüche scheint den EU-Staaten augenscheinlich nahezu jedes Mittel recht zu sein.

Zum Autor: Tobias Pfüger leitet die Informationstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen. Er war von 2004 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und ist derzeit im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE zuständig für den Bereich Militär- und Rüstungspolitik.

²⁴ Europäischer Rat: Mitteilung an die Presse, 09.12.2010, URL:

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/119130.pdf (22.11.2011).

²⁵ Mölling, Christian: Pooling und Sharing in EU und NATO, SWP-Aktuell, Mai 2012, S. 1.

²⁶ Military spending: EU dwarf shrinks as US gets bigger, euobserver, 17.04.2012. Hinzu kommt noch, dass gerade in der Europäischen Union und speziell auch in Deutschland immer mehr Rüstungsausgaben „ressortfremd“ anderen Haushalten – v.a. dem Entwicklungs- und Forschungsetat – aufgebürdet werden. Vgl. Wagner, Jürgen: Die EU als Rüstungstreiber, IMI-Studie 2012/08.

²⁷ SIPRI Yearbook 2011, S. 273.